

AKTUELL



MINISTÈRE POUR LE DÉVELOPPEMENT DURABLE ET L'INFRASTRUCTURE

VERBOT KOSTENFREIER PLASTIKTÜTEN

Nicht schlecht, aber ...

Isabel Spigarelli

Neues Jahr, neues Glück: In Sachen Plastikvermeidung könnte das 2019 hinhalten. Mit dem Inkrafttreten des Verbots, kostenfrei Plastiktüten zu verteilen, wagt Luxemburg einen Schritt in die richtige Richtung. Nur lässt die Regierung der Kundschaft noch zu viel Spielraum.

Wird was lange währte nun endlich gut? So in etwa. Seit dem 31. Dezember 2018 ist es Läden in Luxemburg offiziell untersagt, Plastiktüten mit einer Dichte von mehr als 15 Mikrometern kostenfrei anzubieten. Gegen Bezahlung sind sie weiterhin erhältlich, solange der Vorrat reicht. Wer gegen das Gesetz verstößt, wird zur Kasse gebeten und riskiert eine Geldstrafe zwischen 50 und 1.000 Euro. Das Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur verspricht sich von dieser Maßnahme bis Ende des Jahres eine Senkung des Verbrauchs auf 90 Plastiktüten pro Kopf. 2025 sollen es nur noch 40 sein. Zum Vergleich: Nach Angaben von Valorlux wurden 2017 rund 140 Einwegplastiktüten pro Person genutzt, was einer Gesamtzahl von insgesamt 8,75 Millionen entspricht.

Jubel, Trübel, Heiterkeit ist trotz Verbot nicht, denn von der neuen Gesetzgebung ausgeschlossen sind die „sacs en plastique très légers“, die es beispielsweise in der Obst- und Gemüseabteilung der Supermärkte „à go-go“ gibt. Auch plastikverpackte Lebensmittel oder Produkte „sous-vide“ wandern weiterhin legal über das Kassenband und in die Öko-Einkaufstaschen. Warum nicht auch die weniger dichten Plastiktüten verbieten? Das Ministerium schiebt hygienische Gründe und die Einzelverpackung vor, die zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung beiträgt. Die Weitergabe kostenfreier Plastiktüten mit einer Dichte unter 15 Mikrometern sei deswegen auch weiterhin erlaubt. Einige Supermarktketten werben alternativ mit wiederverwendbaren, kostenpflichtigen Nylon-Säckchen, wobei auch die nicht zu hundert

Prozent abbaubar und auf Dauer nicht resistent sind. Andere Lebensmittelgeschäfte machen freiwillig Platz für Silo-Anlagen zum Befüllen mitgebrachter Behälter. Dazu eine kurze Anekdote: In einem Laden mit überschaubarer Unverpackt-Station holte eine Verkäuferin letzt eine Packung Müsli, herkömmlich verpackt in Plastik, aus dem Hinterzimmer hervor, um das leere Silo aufzufüllen. Die Leinen-Säckchen, die der Laden bereithält, wurden zur Farce. Wie plastikfrei es hinter den Kulissen wirklich zugeht bleibt fraglich. Auch, weil es nur wenige Großhändler gibt, die unverpackt liefern.

Das Ministerium setzt derweil verstärkt auf Sensibilisierung und Informationsarbeit, unter anderem mit Knetfiguren auf Werbeplakaten. Mit der Pressemitteilung vom 31. Dezember 2018 schickte es gleich Tipps für den plastikfreien Einkauf hinterher: die Nutzung von Mehrwegtaschen oder das Ausweichen auf Papiertüten. Die seien jedoch nur dann eine umweltbewusste Lösung, wenn man sie anschließend richtig recycelt. Andernfalls wären sie sogar eine noch größere Umweltbelastung als die plastikreiche Variante. Dabei drängt sich die Frage auf, warum die Kundschaft nach wie vor vor die Wahl gestellt wird. Das erscheint auf den ersten Blick nicht verkehrt, setzt aber das Umweltbewusstsein der breiten Öffentlichkeit voraus.

Aus Gesprächen mit Vertreter*innen der Lebensmittelbranche und des Konsumentenschutzes Luxemburgs geht jedoch hervor, dass sich der Großteil der Kundschaft hierzulande im Alltag noch wenig bis gar nicht für Plastikvermeidung und alternative Verpackungsmöglichkeiten interessiert. Die Schritt-für-Schritt-Politik Luxemburgs und der EU in puncto Plastikvermeidung ist ein wichtiger Ansatz, doch sie muss mutiger voranschreiten. Es bleibt zu hoffen, dass durch das Verbot mehr Menschen ihr Umweltbewusstsein schärfen und ihre Einkaufsmuster sowie ihren allgemeinen Konsum hinterfragen.

SHORT NEWS

Unel stellt neue Spitze vor

(ja) Die Studierenden- und Schüler*innenorganisation Unel hat Ende letzten Jahres im Rahmen ihres jährlichen Kongresses ein neues Koordinationsteam gewählt und anschließend vorgestellt. 2019 werden demnach Vicky Reichling als Sprecherin, Sophie Née als Sekretärin und Estelle Née als Schatzmeisterin die Arbeit der Unel koordinieren. Die Organisation will nicht mehr in Arbeitsgruppen, sondern an konkreten Projekten arbeiten, zum Beispiel zur Frage der Praktika – die neue Gesetzgebung in dem Bereich beschäftigt die Studierenden ja schon länger. Außerdem will sich die Unel intensiver mit dem neuen Schulfach „Vie et Société“ und der Wohnraumproblematik beschäftigen. Auf dem internationalen Parkett vertritt die Unel die luxemburgischen Studierenden bei der Esu und die Schüler*innen bei der Obessu, beides europäische Dachorganisationen. „Dass das Koordinationsteam kleiner geworden ist, wird neuen Wind in die Unel bringen. Wir wollen unsere interne und externe Kommunikation verbessern“, so Estelle Née. Zusätzlich soll im neuen Jahr die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen verbessert werden: „2019 soll für die Unel das Jahr der Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren in Luxemburg werden“, wird Vicky Reichling in der Pressemitteilung zitiert.

Sexuelle Gesundheit: Änderungen geplant

(tj) – Das Planning Familial zeigt sich erfreut über die Vorhaben, die die Regierung bezüglich affektiver und sexueller Gesundheit im Koalitionsprogramm festgehalten hat. Es sei das erste Mal, dass in einem Koalitionsprogramm sowohl von der sexuellen als auch der affektiven Gesundheit die Rede sei, heißt es in einem Schreiben. Das Planning freut sich, dass entsprechende Kurse in die Ausbildung von Erzieher*innen integriert werden sollen, und hofft, dass es sich dabei um Pflicht- und nicht etwa um Optionsfächer handeln wird. Auch die geplante Sensibilisierung für LGBTIQ-Aspekte sowie die (seit 2016 geforderte) Reduktion der Besteuerung von Hygieneprodukten von 17 auf drei Prozent werden vom Zentrum begrüßt. Vor dem Hintergrund, dass künftig Personen aller Altersgruppen einen Anspruch auf eine Rückerstattung von Verhütungsmitteln haben sollen, fragt sich die Organisation, ob dies auch für die Sterilisation gilt. Das Planning nutzt die Gelegenheit, um an weitere ihrer langjährigen Forderungen zu erinnern. Dazu gehört zum Beispiel eine nationale Studie bezüglich des Sexualverhaltens der Bevölkerung. Zurzeit würden entsprechende Daten einzig vom Planning gesammelt. Auch bezüglich der von der Organisation durchgeführten Workshops in Schulklassen wird sich eine Änderung gewünscht: Lehrkräfte sollen künftig nicht mehr an diesen teilnehmen dürfen. Manche Schüler*innen seien nämlich gehemmt, sich in Anwesenheit einer Autoritätsperson frei auszudrücken.

Forum 391: Religion und Menschenrechte

(fb) – Mit Menschenrechten werden Religionen gemeinhin weniger in Verbindung gebracht. Immer wieder lodern, wie zuletzt im Gewand des Islamischen Staats, die Flammen des religiösen Fundamentalismus auf und fordern neue Opfer – als sei die Religionsgeschichte nicht sowieso schon blutdurchtränkt genug. Aber auch der Missbrauch durch katholische Geistliche hat die Kirche und den von ihr erhobenen moralischen Anspruch auf die Probe gestellt. Für viele ist Religion immer noch Synonym für Manipulation und Gefahr. Sie mit den Menschenrechten in Verbindung zu bringen scheint abwegig. Trotzdem geht Forum in seiner neuesten Ausgabe genau dieser Frage nach. Als „kleine Einführung in die Wertevorstellungen der großen Religionen“ möchte die Redaktion dann auch ihr Dossier verstanden wissen. Und begeistert unter anderem mit Beiträgen von Yannick Lambert, Robert Altmann oder dem liberalen Rabbiner für Luxemburg, Alexander Grodensky. Als zusätzliche Informationsquelle zu unserem Artikel über den in Luxemburg begrabenen ukrainischen Nationalisten Andrei Melnyk (woxx 1507) liest sich Daniela Liebs Recherche über den vergessenen ukrainischen Maler Slavko.